

Parteitag.

3. Verhandlungstag.
Vormittags-Sitzung.

Als vierter Referent nahm das Wort Stöcker:

Der Kampf um die Anschlussbedingungen ist ein Kampf von großer politischer Bedeutung um die Frage: Soll das deutsche Proletariat eine große revolutionäre Partei, die sich einstellt auf den Kampf um die Diktatur des Proletariats oder nicht? Der erste Artikel Crispian's schloß mit den Worten: Das, was wir von Moskau mitbringen, ist die lautere Wahrheit; alles andere ist eitel Spiegelscherelei. In diesen Worten wurde der „sachliche“ Kampf eröffnet. Es erübrigt sich, auf alle den Schmutz einzugehen, der im Verlauf des Meinungskampfes geschleudert worden ist; man braucht nur den Gipfelpunkt zu bezeichnen, die Meldung der „Freiheit“ über die Mordzentrale gegen Ledebour. Wenn Crispian sich gestern über das Gebete wegen des Handels verbreitete, so möchte ich dem entgegenhalten, daß durch einen Freund der Rechte in Würtemberg die Meldung verbreitet worden ist, daß Crispian in Rußland abgemündet werden sollte. Wenn Dittmann hier die ausgezeichnete Proschüre Lenins: Die Kinderkrankheit des Kommunismus, zitiert hat, so möchte ich ihm sagen, daß er sich in der Adresse geirrt hat. Lenins' Schrift richtet sich an niemand anderes als an die R. A. P. D. Dittmann hat von dem „Häuflein Unglück“ im Zentralkomitee gesprochen; ich kann Ihnen versichern, daß das „Häuflein Unglück“ ihm noch mancherlei zu schaffen machen wird. Crispian hat bei seinen Darlegungen sich auf den wissenschaftlichen Marxismus berufen. Dieser diesem wissenschaftlichen Marxismus verbirgt sich nichts anderes als Passivität. Und die rechtsstehenden Führer haben, wo immer sie dazu Gelegenheit hatten, den revolutionären Marxismus verfälscht. Wir sind allerdings der Ueberzeugung, daß in der neuen Internationale nur die wirklich revolutionären proletarischen Parteien zusammengeführt sein sollten.

Wenn Crispian von dem Zusammenschluß des gesamten Proletariats in den einzelnen Ländern gesprochen hat, so bedeutet das, für unser Land durchgeführt, den Zusammenschluß mit den Rechtssozialisten. (Stürmische Unterbrechung. Ledebour geht erregt gegen die Linken vor. Große Unruhe.) In einem weilt die Vereinigung aller Arbeiter nicht einmal in einem Lande möglich ist, da die Ansichten über die einzuschlagende Taktik auseinandergehen, kann die Parole heute nur lauten: Revolutionäre Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Ran einige Worte zu den Ausführungen Crispian's über die Aufnahme der Bedingungen. Ich wiederhole nochmals, was ich auf der Reichskonferenz gesagt habe, daß die Thesen über die Ausrufung durchaus nicht im Widerspruch mit unseren Ansichten stehen. Denn es heißt ausdrücklich in den Leitlinien, daß in den westeuropäischen Ländern der Grundbesitz nicht zu beschlagnahmen darf. Es bliebe übrig die orientalische Politik, über die sich Genosse Sinowjew äußern wird. Diese Punkte sind das Einzige, was Genosse Crispian grundsätzlich gegen die dritte Internationale vorzubringen hat. Nun sind aber Hilferding und seine Freunde grundsätzliche Gegner der Bedingungen, und zwar deshalb, weil sie im Inneren ihres Herzens Menschewits sind. Bezeichnend für die Anschauungen der Freunde der Rechte sind die Ausführungen Crispian's, daß wir uns heute in der Partei und in der Internationale in einer ähnlichen Situation wie noch 1848 befinden. Damals war eine revolutionäre Zeit, wo Marx und Engels sagten, daß die weitere Entwicklung verhältnismäßig friedlich verlaufen werde. Heute aber stehen wir in einer revolutionären Situation, in der wir uns bemühen auf die bevorstehenden schweren Kämpfe vorzubereiten haben. Die Partei wird sich einstellen müssen auf den Kampf um die Diktatur des Proletariats. Wenn die Partei das bisher nicht getan hat, so nur, weil über den Begriff der proletarischen Diktatur in unserer Partei noch immer die verschiedensten Auslegungen herrschen. Es gibt ja noch heute in unserer Partei Elemente, die die proletarische Diktatur überhaupt ablehnen. (Lachen: Wer denn?) Darauf brauche ich bloß den Namen Dr. Erdmann zu erwähnen, der noch heute in unserer Partei ist. Die Genossen der Rechte sind in der größten Zahl noch in demokratischen Gedankengängen befangen oder sehen die proletarische Diktatur für einen verfehlten Zustand an. Für diese geistige Einstellung sind die langwierigen menschlichen Ausführungen Crispian's (die Stöcker zitiert) der beste Beweis. Ich will Ihnen kurz mit den Worten Friedrich Engels sagen, was die Diktatur des Proletariats ist. Die Diktatur des Proletariats ist die Gewaltherrschaft des Proletariats über die Bourgeoisie. Die rechtsstehenden Genossen glauben nicht an die Revolution und scheitern deshalb die Syndikalistik und was nicht alles. Aber hat man nicht auch Sozial Schacht einen Vorschlag gemacht mit Volkshüter?

Die Frage der Gewalt wird in den kommenden Kämpfen eine große Rolle spielen, es ist daher unsere Pflicht, den Massen zu sagen, daß nicht in den kommenden Kämpfen derselben Mittel anzuwenden, die von der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats noch immer angewandt werden sind.

Das notwendige Mittel heraus müssen wir den Arbeitern des Tages, da wir wirklich schon in wenigen Wochen oder Monaten vor einem Kampf stehen können. Wir sehen nicht ein, daß die Klasse, die kämpft ist, aus dem Stand herauszuführen, sich die Mittel von der Bourgeoisie, die das Proletariat noch immer getrieben und getrieben hat, voll verschaffen lassen. Diese Linie der Befreiung verlangen wir, daß man diese revolutionären Mittel anzuwenden darf. (Lachen: Was denn? Das Proletariat?) Die Genossen der Rechte und Hilferding haben auf dem Leipziger Parteitag den Internationalen als unfähig verworfen. Wir aber wissen, daß wir die Bourgeoisie nur besiegen werden, wenn wir dieselben Mittel anzuwenden, wie die Bourgeoisie sie gegen das Proletariat richtet. Wir sind aber darüber über, daß eine proletarische Diktatur in Deutschland noch viel schwerere Kämpfe zu be-

stehen haben wird als in England und daß die Folgerungen nicht ziehen will, der will eben nicht die Diktatur des Proletariats. Und die ganze bisherige praktische Politik war ja auch nicht auf die Verwirklichung des Leipziger Aktionsprogramms gerichtet. Zahlreiche Beispiele lägen nahe: Ich will nur auf die schwankende Haltung in der Außenpolitik verweisen, in der mit dem Begriff der Neutralität große Verwirrung angebracht wurde. Wir wissen alle, daß es in den Kämpfen der Bourgeoisie gegen Sowjetrußland bei uns keine Neutralität geben kann, sondern nur unbedingte Solidarität zu unseren Klassenkämpfen. Unser Kampf, den wir in der auswärtigen Politik führen, muß sich auf richten gegen die reformistischen und revisionistischen Parteien, die sich in der 2. Internationale befinden.

Um alle diese Fragen wird der Kampf jetzt geführt, zwischen der Rechten und uns. Wir wollen, daß unsere Partei sich nicht nur auf den Kampf um die Diktatur des Proletariats einstellt, sondern auch all: entscheidet, die sich ihm hemmend entgegenstellen. Daher verlangen wir auch den sofortigen Anschluß an die kommunistische Internationale. Trotz aller angewandten Kräfte hat sich die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaften für uns entschieden. Was Sie (zur Rechten) in Würtemberg was am Niederrhein unternehmen haben, ist eine glatte Verhöhnung der Demokratie. Und was Sie jetzt in Leipzig unternehmen wollen, ist wieder die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit. Wir werden die Massen des Proletariats in unseren Reihen sammeln; in dem verschärften Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist kein Platz für eine schwankende proletarische Partei. Der übrigbleibende Rest der Partei wird in dem kommenden Kampfe zwischen der reformistischen Scheidemannpartei und der klaren revolutionär-proletarischen Partei zerrieben werden.

Ich begrüße es daher, daß die Gruppe Rosenfeld Schlußbruch erlitten hat; denn nichts wäre schlimmer gewesen als eine neue Verhöhnung. Da die Rechte die Hand unter Behen gebiert, so geht es auch unserer neuen Welt, dem Übergang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Sozialismus. In der Erkenntnis der Notwendigkeit dieser gewalttätigen Auseinandersetzung schreibe ich mit der alten Kampfsparole:

Völker hört die Signale,
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!

Nachmittags-Sitzung.

Nach Eröffnung der Nachmittags-Sitzung erteilt Vorsitzender Brach dem Genossen Sinowjew, dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der 3. Internationale, das Wort. Adolf Hoffmann bringt, als Sinowjew die Tribüne bestiegt, ein dreifaches Hoch auf die kommunistische Internationale aus, in das die Linken des Parteitages begeistert einstimmen.

Sinowjew bringt seine große-amere Bewegung zum Ausdruck, daß er hier unter die Vertreter des Klassenbewußten Proletariats Deutschlands treten kann, das Proletariats, von dem die Russen viel gelernt haben, das Namen wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht anzurufen hat. Wir wissen sehr genau, daß es heute in Deutschland keine Stadt gibt, in der nicht Proletarierblut für die Revolution geflossen ist. Wir wissen wohl, daß wir noch sehr viel von der Arbeiterklasse Deutschlands lernen können. Aber auch wir haben große Erfahrungen in der Revolution gesammelt, die ich Ihnen mitteilen werde.

Der heutige Parteitag erinnert lebhaft an den Parteitag, den wir gemeinsam mit den Menschewits im Jahre 1907 gehabt haben. Wir sind davon überzeugt, daß die Diskussion auf diesem Parteitag hat das bewiesen, daß in unserer Partei zwei Tendenzen und nämlich sogar drei Richtungen vorhanden sind. Jetzt, wo die entscheidenden Stunden schlagen, lassen sich die Gegenkräfte nicht mehr überbrücken, die sich jetzt als Reformismus und Kommunismus bezeichnen lassen. Es ist hier von verkappten Kommunisten gesprochen worden. Wir haben uns bisher immer als Kommunisten gefühlt, und wer sich nicht als Kommunist fühlt, hat nichts in einer kommunistischen Internationale zu suchen. Der Kommunismus ist bereits so weit, daß wir die Bourgeoisie schon morgen stürzen könnten, wenn wir einig und geschlossen handhaben anstreben würden. Wenn wir bisher noch nicht weiter in der Weltrevolution vorwärts gekommen sind, so liegt das an der verfluchten bürgerlichen Ideologie. Wer rettet aberall die Bourgeoisie? Niemand anders als die Reformisten. Das Problem der Befreiung der Arbeiterklasse, der ganzen Menschheit, ist die Frage unserer eigenen Orientierung.

Es ist unsere Ueberzeugung, es gibt bei euch prinzipielle Unterschiede in der Auffassung der weltpolitischen Probleme. In den Reden von Crispian und Dittmann hat man nichts von der Weltrevolution gehört. Als unsere revolutionäre Bewegung im Jahre 1905 niedergeschlagen war, wurde die Formel geprägt: 1847 oder 1849; das will sagen: befehlen wir uns noch vor der revolutionären Umwälzung oder ist diese bereits erlitten. Und wir geben die Antwort: Nein, die Revolution ist noch nicht erlitten, sie steht uns noch bevor. Und so liegen die Verhältnisse auch für Deutschland; auch hier ist die Revolution nicht, wie die rechte Justiz der U. S. B. annimmt, erlitten. Darum erwarten wir in den Reden von Crispian und Dittmann das Wort von der Weltrevolution, deren Wortlaut die kommunistische Internationale sein will. Niemand will Ihnen abprechen, daß die Weltrevolution in einigen Jahren zur Ausübung gelangt ist. Wer das tun würde, wäre ein Schurke. Niemand haben wir verlangt, daß Sie die Revolution morgen machen sollen. Was wir fordern, ist nichts weiter, als daß Sie sich auf die Weltrevolution vorbereiten. Sie haben die Presse der U. S. B., das mächtigste Werbemittel der Partei, verfolgt und sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie die Revolution propagiert, sondern kommt. Wir haben auch hier immer wieder hören müssen, daß die revolutionären Bedingungen erfüllt sein müssen. Ich frage Sie, ob die entsprechenden weltpolitischen

Bedingungen vorhanden sind. Darauf kann es doch nur eine Antwort geben: Sie sind vorhanden! Unter denen, die vor der Revolution zurücktreten, mögen welche von guten Beweggründen geleitet werden: sie wollen das Volk vor den Zuständen, die wir heute in Rußland haben, bewahren. Aber wir müssen verstehen, daß es jetzt in der Epoche der schärfsten Krise durch den Weltkrieg keinen anderen Ausweg mehr gibt; und da kommt derselbe Kautsky, der vor dem Brüche stand, die proletarische Revolution könne nicht früh genug kommen, und sagt: jetzt wollen wir die Revolution zu früh durchführen. Die ökonomischen Vorbedingungen für die proletarische Revolution sind also da. Was uns fehlt, ist die geistige Orientierung. Denken wir an die Erziehung, die der bürgerliche Staat uns gegeben hat. Weil die Bourgeoisie es so glänzend verstanden hat, uns geistig zu knechten und zu verwirren, deshalb hat sie uns bisher noch so beherrschend vertrieben. Wir müssen dafür sorgen, daß wir geistig fest und einig werden.

Gehalten Sie hier keine Abschweifung. Die Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam ist ein Stück der 2. Internationale, sie ist das festeste Bollwerk der internationalen Bourgeoisie! Wer sind die Führer dieser Gewerkschaftsinternationale? Sind das nicht die Leuten und Joubert, die Agenten des Kapitals? Und mit diesen Kräften wollen Sie nicht brechen? Sie haben uns darin beigestimmt, daß die geistige Orientierung im Augenblick die Hauptsache ist, und dann wollen Sie im Dande mit der gelben Gewerkschaftsinternationale bleiben. Gewiß sind die Weiskopfisten, die Mannen von der Dinesch, keine sehr angenehmen Leute, aber ich behaupte: diese sind nicht so gefährlich, wie die Leute von der gelben Gewerkschaftsinternationale. Genosse Sinowjew erklärt, daß die Rechte nur so lernt, weil dies die Wahrheit ist. Der Besigende Staatsrat andauernd, was Ruhe zu schaffen. Crispian ermahnt, den Redner ruhig anzuhören. Genossen, Sie dürfen es mir nicht als eine Mißverständigung auslegen, wenn ich sagte, die Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam ist ein Hümmel des proletarischen Revolution. Und ich wette, in einem halben Jahre werden Sie dasselbe sagen, wie ich. Da sehen Sie schon, was es mit der geistigen Orientierung auf sich hat.

Der Parteitag in Halle, der in der internationalen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielen wird, sollte sich auch mit der weltpolitischen Lage eingehend beschäftigen. Sehen Sie nach Italien, wo vor einigen Wochen die revolutionäre Bewegung einsetzte, und zwar die proletarische revolutionäre, die siegen wird, wenn auch nicht in einigen Wochen. Was wir heute schon in einigen Ländern haben, das, was man als Doppelregierung bezeichnet, bedeutet bereits den Bruch der kaiserlichen Regierung. So war es auch zunächst in Rußland. Wir haben daher auch Verantwortung zu der revolutionären Bewegung in den Ländern, in deren Spitze heute Menschewits stehen. Die proletarische Revolution hat eben große Chancen auch in den Ländern, die bisher Bollwerke des Kapitalismus waren. In Italien kracht, der Balkan ist auf für die proletarische Revolution. Selbst England trägt bereits die revolutionäre Umwälzung im Seibe und ich denke, auch in Deutschland ist die Revolution nicht weit. Daher verlangen wir auch von den deutschen Arbeitern eine geistige Einstellung auf die Weltrevolution, und davon haben wir in der bisherigen Taktik der U. S. B. nichts gemerkt. (Beifallung folgt.)

Republik Deutschland

Der Staatsanwalt — gegen die Anhänger der 3. Internationale.

Die Abgeordneten Ludwig und Genossen (Menschewits) haben in der Preussischen Landesversammlung folgende große Anfrage eingebracht:

Es ist zu beklagen, daß im Einverständnis mit dem preussischen Justizminister darauf hingewirkt worden ist, Strafverfolgungen abzuwehren gegen diejenigen, die der dritten Internationale sich angeschlossen im Begriff stehen?

Glaubt der Justizminister, politische Bewegungen durch Straffreiheit nicht zu fördern?

Die Anfrage ist notwendig geworden, da mit Bestimmtheit verlautet, daß der Justizminister an die Staatsanwaltschaft Anweisungen ergehen ließ, gegen alle, die sich durch Anrechnung der Moskauer Bedingungen und Thesen mit dem Strafgesetzbuch in Widerspruch setzen, vorzugehen. Man darf gespannt sein, welche Antwort der Justizminister auf diese Frage erteilt und mit welchen Argumenten er diese neue Patkommerei verteidigt. Interessant dürfte auch die Stellung der rechtssozialistischen Minister der preussischen Regierung zu diesen üblichen Abständen sein.

Die preussische Regierung hat inzwischen eine verneinende Antwort erteilt. Das Reich schweigt noch. Aber Erklärungen sind ja — Erklärungen.

Wichtig.

Werbung: Infolge Zurückhaltung und Verschlebung von Kartellen hat die Königer Arbeiterchaft an die rheinische Gewerkschaft ein Ultimatum gestellt, zu bestimmten Stunden erteilte zehn Zentner von Morgen zum Preise von 25 Mark abzuliefern, anderenfalls Selbsthilfe Maß greifen würde. Es wurde ein Aktionsauschuß eingesetzt. Zur Rachahmung dringend empfohlen!

Fleisch massenhaft — für Reich.

Wider waren wir es so ziemlich immer allein, die die Schwachheit der kapitalistischen Westpolitik angeprangert haben. Nun finden wir aber zu unserer größten Freude in der Sonntagsnummer einer bürgerlichen Zeitung in Westdeutschland eine recht treffende Schilderung über die an der Weltkrise verübten Verbrechen. In einem langen Sprechprotokoll schreibt ein Menschheimer Bürger u. a. folgendes: Es ist der Blick in die Fleischläden, der diese Notgewaltungen anleitet. In der Anzeigen und an den Räuden hängen wieder wie einst appetitliche Fleisch-

landen, halbe Rinder, Kälber und Schweine und im Schaufenster und auf den Ladentischen sind Stücke der verschiedensten Sorten frischen Fleisches zu Bergen aufgestapelt. Fast über Nacht hat sich das graue Elend, das uns all die Jahre hindurch auch aus den Schlächterläden mit ihrem rangigen Auslandsfleisch, dem fast- und kraftlosen Gefrierfleisch und den unerquicklichen Biegenwürsten entgegenbrachte, in üppigste Schlaraffenherrlichkeit von leuchtendem Rotort verwandelt.

Die Fleischnot, die so manchem armen Teufel den Rest gegeben hat, ist mit einem Schlage überwunden, d. h. überwunden nur insofern, als Fleisch wieder überall und in beliebigen Mengen auf legalem Wege zu haben ist. Da es aber nur für die Auserwählten zu haben ist, die den geforderten Preis anlegen können, hat sich für den Minderbemittelten an dem früheren Zustand nichts geändert. Für ihn besteht die Fleischnot nach wie vor weiter. Er kann auch weiterhin statt in ein saftiges Stückchen Fleisch oder Wurst ins Gras beißen. Der regelmäßige Fleischgenuss bleibt vorläufig noch ein Privilegium der Reichen. Sie können sich jetzt, ohne die Augen vor dem Gesetz niederschlagen zu müssen, ganz nach Belieben an Schweine-, Kalb-, Rind- oder Hammelfleisch bis zum Schmelzen überlassen.

Die Fleischberge in den Schlächterläden, die appetitlichen Wurstgülden, Schweine-, Kalb- und Hammelküllen sind eine furchtbare Anlage gegen die gutgewästelten Agrarier, unsere jahrelangen, granlamen Priniger. Sie haben schwerer als die schlimmsten Feinde am deutschen Volke geschändigt.

Der Jörn und die Empörung darüber werden mit Recht alle Feindschaft gegen unsere Kriegsgegner überdauern.

Sehr richtig! Aber schimpft bitte nicht über die Metzger und ähnliche Leute. Das Uebel liegt tiefer. Und dieses Uebel beseitigen will weder die Regierung noch die anderen Stützen der kapitalistischen „Ordnung“. Erst der Sieg des Sozialismus wird die Schieberkloake beseitigen.

Die Beamten rühren sich.

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Zollbeamtenverbände hat eine Protestbewegung gegen den Entwurf zur Reichsbesoldungsordnung ins Werk gesetzt. Am 21. und 22. Oktober fand ein allgemeiner Verbandstag statt, der sich mit den dringenden Fragen beschäftigte. Für den Fall der Ablehnung der Wünsche durch die Regierung ist passive Resistenz in Aussicht gestellt.

„Produktive Gestaltung der Uberschichten“ ist nichts weiter als eine größere Ausbeutung der Bergknappen. Das Rechenkapital will natürlich keine Lasten auf sich nehmen, sondern die Preise nach bewährter Methode erhöhen. So sieht die Sozialisierung des Bergbaus aus.

Die Mitgliederversammlung des Bürgerrats Breslau am 18. Oktober d. Js. im Gesellschaftshaus an der Matthias-Lust nahm nach einem Vortrag des Bergbaubeamten Schulte aus Essen über die Sozialisierung des Bergbaus folgende Entschliessung einstimmig an: Die Sozialisierung des Bergbaus trifft unser Wirtschaftsleben am Lebensnerv, denn die Kohle ist das Brot unseres Wirtschaftslebens. Nach den bisherigen Erfahrungen bei der Eisenbahn, Post, den Staatswerkstätten und dem Saarkohlenbergbau hebt die wirtschaftliche Form der Sozialisierung keineswegs die Leistungsfähigkeit des Betriebes. Die Erzeugung wird geringer, die Selbstkosten werden höher werden, die Verbraucher und die Arbeiter müssen die Kosten eines Experiments tragen, das für die deutsche Wirtschaft gerade jetzt besonders verhängnisvoll sein würde. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus wird aber auch sehr bald die weiterverarbeitende Industrie unter ihren verhängnisvollen Einflüssen ziehen und die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft vereiteln. Aus diesen Gründen lehnt die Mitgliederversammlung des Bürgerrats Breslau vom 18. Oktober 1920 die Sozialisierung des Bergbaus in jeder Form ab. Sie erwartet vielmehr von der Anspannung aller Kräfte des privaten Unternehmertums Steigerung der Erzeugung und Senkung der Selbstkosten.

Der Rubel rollt?

Wie aus Essener industriellen Kreisen gemeldet wird, steht der Abschluß eines für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft überaus wichtigen Vertrages zwischen Sowjetrußland und der deutschen Regierung unmittelbar bevor. Es handelt sich um die von Minister Dr. Simons bereits vor einiger Zeit erwähnte Bestellung russischer Lokomotiven in Deutschland. Diese Bestellung sollte erst nach England gehen, so daß sich die Sowjetregierung entschloß, in Deutschland die Lokomotiven bauen zu lassen. Bei dem Auftrage, der sich auf etwa 600 Millionen Goldmark beläuft, ist allerdings die Bestimmung getroffen, daß er in Wirklichkeit erst dann erteilt wird, wenn der russisch-polnische Streit beigelegt ist, die Verträge sind aber in all ihren Einzelheiten bereits fertiggestellt und harrn nur noch der Unterzeichnung. Die russischen Gelder sind bei zwei auswärtigen Banken angelegt, wo der deutschen Regierung entsprechender Kredit für Lebensmittel- und Rohstoffankäufe eröffnet wird.

Russische Ausfuhrwaren.

Aus Helsingfors wird dem „Svenska Dagbladet“ gemeldet, daß nach einer Aufstellung des russischen Kommissariats für auswärtigen Handel folgende Waren in erster Linie aus Rußland ausgeführt werden können: Borsten, Tabak, gewisse Mengen von Koffhaaar, Därme, Hufeisen, Pelzwerk, Leder, Eisen- und Manganerz, gezogene Pferdehäute, Schafleder, Roggen, Ochsenchwänze, Wolle und Hasenfelle.

Holland.

Dem „Tag“ wird aus Rotterdam unter dem 10. Oktober berichtet, daß in Holland ernste Schwierigkeiten in der Milchversorgung eingetreten sind. Butter- und Milchpreise steigen beständig. Die Regierung hat die Ausfuhr von Milch nach dem Ruhrgebiet und die Fabrikation von Käse im Inland verboten.

Aus der Partei.

Borbereitungen zur Feier der Oktober-Revolution.

Aus Moskau wird gemeldet: An alle Partei- und Agitationskomitees! Laut Beschluß des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei über einheitliche Durchführung der Feier der großen Oktober-Revolution wird hiermit vorgeschlagen, den 7. November durch Massenversammlungen, die den Ergebnissen des Sowjetkongresses zu widmen sind, und durch verstärkte Agitation und Erklärung der nächsten Aufgaben unserer inneren und internationalen Politik, schließlich durch die Hinwendung auf die Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes mit der russischen und internationalen Gegenrevolution zu kennzeichnen. Folgende Lösungen müssen aufgeworfen werden: 1. Der Kampf mit Brangel. 2. Allseitige Hilfe der Roten Armee durch Erhöhung der Produktionsfähigkeit, durch Sammeln von warmer Kleidung usw. 3. Die Notwendigkeit der aktiven Unterstützung unserer Ernährungspolitik. — Das Zentralkomitee hat ferner beschlossen, das Hauptgewicht der Agitation an diesem Tage in das Dorf zu verlegen. Eine bedeutende Anzahl an Redner- und Agitationskräften muß ab diesem Tage auf das Land geworfen werden. Das Zentralkomitee hat beschlossen, an diesem Tage der Oktoberrevolution keinen kommunistischen Samstag zu veranstalten, aber auch von jedem Demonstrationen und Umzügen abzusehen und keinen Meter roten Stoff zu verschwenden. Themen für Meetings werden demnächst angegeben werden. Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei.

Die Berliner Organisationen zu dem Parteitagbeschlusse.

Am Dienstag, den 19. Oktober, tagte im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung des Berliner 4. Distrikts. Nach Berichterstattung vom Parteitag durch den Genossen Penning sprach die von 1200 Genossen besuchte Versammlung ihr vollstes Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitagbeschlusses aus. Die Segner hatten am Tage zuvor eine Zusammenkunft, die von etwa 200 Genossen besucht war.

Achtung! Achtung!

An alle Kreisleitungen und Ortsgruppen! Am Sonntag, den 31. Oktober 1920, findet im kleinen Saal des großen Wintergartens Garthausstraße der

Bezirksparteitag

für Mittel- und Niederschlesien statt. Auf 100 Mitglieder ist je 1 Delegierter zu entsenden. Ortsgruppen unter 100 Mitglieder entsenden 1 Delegierten. Weiter ist es erforderlich, daß die Kreisleitungsvorsitzenden erscheinen.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Reichsparteitag. Referent: Genosse Scholz-Landeshut.
2. Organisationsfragen. Referent: Genosse Ziegler.
3. Abruf der Abgeordneten für Niederschlesien, Anna Kemig.

Bezirksleitung der K. S. P. D. Schlesien. J. A. Ziegler, Bezirks-ParteiSekretär.

Nachtquartiere sind anzumelden beim Genossen Gustav Geister, Ziegeln, Dänemarkstraße 38.

Totales.

Breslau, den 23. Oktober.

Achtung! Mit vollständig neuem Programm werden am Sonnabend, 23. Oktober, im Central-Ballsaal, Westendstraße 50/52, Hoffmanns rote Sängern auftreten. Der Reinertrag wird zur Deckung der Wahlkosten verwendet. Sorgt für guten Besuch.

Die Bezirksleitung.

Die befriedigte „Vollswacht“.

Unter der Ueberschrift „Dürfen keine Sozialdemokraten nach Breslau?“ bringt die „Vollswacht“ eine Zuschrift eines Genossen, in der dem Polizeipräsidenten vorgeworfen wird, die Erteilung der Zugangsgenehmigung werde von der Beantwortung folgender Fragen beeinflusst:

- Frage 27. Sind Geschäftsführer und die Familienmitglieder politisch einwandfrei und welcher Parteirichtung neigen sie zu?
 - Frage 28. Gehört Antragsteller einem sozialdemokratischen Verbande oder einer Gewerkschaft an? (unauffällig festzustellen). Zutreffendenfalls, wie heißt der Vorsitzende oder Kassierer? Wie lautet die Bezeichnung des Verbandsblattes?
 - Frage 29. Ist Antragsteller sonst sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig? Beteiligt er sich an politischen Versammlungen?
- Der auftragende Genosse gibt eine Einleitung, in der er den stärksten und ausschlaggebendsten Beweisgrund gegen die Stimmzeiteldemokratie der eigenen Partei anführt — und die „Vollswacht“ in ihrer Parasitigkeit merkt es nicht einmal! Er schreibt:

„Wir haben in Deutschland trotz der überlegenden Mehrheit der Arbeiterklasse eine rein bürgerliche Regierung. Einmal goldener Jambou hat dieses Weltwunder zustande gebracht. In allen Bereichen herrschen zwar noch formell einige Sozialisten neben den Bürgerlichen, aber der Wind, der namentlich in den untergeordneten Dienststellen weht, pfeift schon aus einem recht realistischen Loch.“

Die Demokratie! — goldener Jambou! — rein bürgerliche Regierung! — Wind aus realistischem Loch! — es lebt die Demokratie!

Der Polizeipräsident antwortete prompt, und zwar für die Rechtssozialisten recht vernünftig, nämlich so:

„Das von Ihnen Herr Parteigenosse beanstandete Formular befindet sich tatsächlich noch im Gebrauch des hiesigen Polizeipräsidenten. Ich war ebenso erstaunt, als der Herr Genosse, der zwei Jahre nach der Revolution bei der Prüfung des ersten mit vorliegenden Einbürgerungsgesuchen vor einigen Tagen feststellte. Ich habe darauf sofort angeordnet, daß zwar angefordert der Papier mit die vorhandenen Formulare anzufordern, die beanstandeten Fragen aber nicht mehr zu beantworten sind.“

Also: der bürgerliche Polizeipräsident veranlaßt, daß diese Fragen nicht mehr beantwortet werden! Die beiden vor ihm amtierenden Rechtssozialisten Fritz Voigt und Eugen Krupp haben es jedenfalls nicht veranlaßt! Daher der Name „Rechtssozialist“!

Die „Vollswacht“ ist von dieser Antwort befriedigt und wir auch! Sie meint: „Es hat in diesem Falle strengstens gehandelt und einen ungläublichen Mißstand beseitigt, der unter seinen Vorgängern — ohne zu ihrer Kenntnis zu kommen — im Stillen weitergewuchert hat.“ — „Das ist die Sache.“

Kapitalistische Wirtschaft.

Rohlenpreiserhöhung!

Vom Reichsarbeitsminister wird uns mitgeteilt: Im Reichsarbeitsministerium tagte am Dienstag, den 19. Oktober, unter Leitung des Ministerialrates Dr. Siggler der zur Regelung von Lohnstreitigkeiten im Ruhr-Bergbau eingesetzte Schlichtungsausschuß. Als Vorsitzender nahmen der preussische Minister des Innern Severing und der Vorsitzende des Reichslohnverbandes, Generaldirektor Königeter, teil. Der Schlichtungsausschuß fällt nachstehenden Schiedsspruch, zu dem die Parteien bis zum 20. d. Mts. endgültig Stellung nehmen werden:

Die Löhne werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab um 2 Mark für jede Schicht für die unterirdisch Beschäftigten und um 25 Pfennige für die Arbeiter über Tage erhöht. Für die Arbeiter unter 20 Jahren beträgt die Erhöhung die Hälfte dieser Sätze.

Beziehungslose Arbeiter und alleinstehende Ernährer ihrer Familie im Sinne des § 8 Absatz 8 des Tarifvertrages erhalten vom 1. Oktober ab ein Handgeld von je 3 Mt. pro Schicht, das nach den Grundsätzen des Handgeldes behandelt wird.

Das Handgeld wird um 1 Mt. je Schicht und Kind erhöht. Einzelheiten der Durchführung sind in der Arbeitsgemeinschaft zu regeln.

Obgleich der Schlichtungsausschuß davon überzeugt ist, daß der Bergbau an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit (!) angelangt ist, hat er es trotzdem für notwendig gehalten, den Bergleuten nach einmalige Lohnenerhöhung zuzusprechen. Er ist sich der großen Tragweite dieser Erhöhung für das gesamte Wirtschaftsleben voll bewußt, das damit eine neue schwere Belastung zu tragen haben wird. Von den Bergleuten erwartet der Schlichtungsausschuß, daß sie ihrerseits an der Verringerung dieser Last mit helfen, indem sie für eine produktivere Gestaltung der Uberschichten einwilligen. Die wirtschaftlichste und für den Bergbau gesundheitlich zuträglichste Gestaltung der Uberschichten erblickt der Schlichtungsausschuß darin, daß die jetzt verfahrenen beiden halben Uberschichten in der Woche durch Anhängung an die tägliche normale Arbeitszeit auf die ganze Woche verteilt werden oder daß unter Freilassung des Samstagvormittags die Ueberarbeit an den anderen Tagen der Woche entsprechend verringert. Der Schlichtungsausschuß empfiehlt der Regierung, die Bedenken der Arbeiter gegen eine derartige Regelung durch gesetzliche Festlegung ihrer Höchstarbeitszeit zu beseitigen. Soweit nicht auf diesem oder auf einem anderen Wege eine Verringerung der Selbstkosten des Bergbaues zu erzielen ist, wird eine Erhöhung der Kohlenpreise die unvermeidliche Folge der Kohlenpreiserhöhung sein müssen.

Die Erhöhung der Löhne im Ruhrbergbau ist bei den jetzigen Preisverhältnissen eine absolute Notwendigkeit und die Erhöhung kann auch von den Unternehmern getragen werden, die glänzend verdient haben und verdienen. Die

